



Rede des ehemaligen Präsidenten der Republik Polen Aleksander Kwaśniewski anlässlich des Festakts zum 90. Jahrestag der Gründung der Friedrich-Ebert-Stiftung am 2. März 2015 in Berlin

Herzlichen Dank für die Einladung zu den Jubiläumsfeierlichkeiten und die wunderbare Einstimmung mit der Musik von Chopin. Ich gratuliere Ihnen zum 90. Jahrestag! Wie man sieht, hat sich unser Held, unser Geburtstagskind – die Friedrich-Ebert-Stiftung – hervorragend gehalten. Ich möchte mich nicht nur persönlich, sondern auch im Namen all jener Polen bedanken, die im vergangenen halben Jahrhundert Gäste, Stipendiaten und zum Teil auch Partner der sozialdemokratischen Friedrich-Ebert-Stiftung waren. Herzlichen Dank für alles!

Wir erinnern uns an damals: Die Welt war in zwei feindliche Blöcke gespalten, Europa durch den Eisernen Vorhang zerschnitten, und die Deutschen und die Polen waren getrennt durch die erlittenen Traumata der Nachkriegszeit, die Erinnerung an den deutschen Überfall auf Polen und die völkervernichtende Besatzung, an die Aussiedlungsschicksale der Deutschen nach dem Krieg aus den Gebieten, die in Potsdam Polen und der Sowjetunion zugeteilt worden waren. Ein Stachel im deutschen Bewusstsein war die Teilung des Landes in zwei feindliche Staaten. Im polnischen Bewusstsein war es die Nichtanerkennung der Oder-Neiße-Grenze durch die Bundesrepublik. Die 1961 errichtete Berliner Mauer war für die Deutschen ein Schock. Sie schnitt Millionen von DDR-Bürgern vom Westen ab. Sie zeigte den Deutschen, dass die beiden Supermächte die Trennungslinie zwischen den beiden Einflussphären in Europa respektierten. Und sie zerstörte die in der Bundesrepublik geltende Doktrin vom provisorischen Charakter der deutschen Teilung und der polnischen Grenze.

Es ist kein Zufall, dass die neue deutsche Ostpolitik in der Umgebung von Willy Brandt, des sozialdemokratischen Regierenden Bürgermeister von West-Berlin, ihren Anfang nahm. Hier standen 1961 sowjetische und amerikanische Panzer einander feindlich gegenüber. Und hier verlief die Mauer auf besonders drastische Weise quer durch viele Familien. Die 1963 von Egon Bahr geprägte Formel „Wandel durch Annäherung“ besagte, dass sich die Deutschen, selbst wenn die westlichen Verbündeten sich schon mit der Berliner Mauer abgefunden hätten, durch eine Politik der kleinen Schritte wenigstens darum bemühen könnten, sie durchlässiger zu machen. Man müsse also mit der anderen Seite reden – beispielsweise über Passierscheine für die Westberliner. Und dies bedeutete einen Bruch der in Bonn geltenden Doktrin, dass die in Anführungszeichen gesetzte „DDR“ lediglich eine sowjetische Besatzungszone war, mit der man nicht sprach.

Ziel dieser neuen „Ostpolitik“ war es, die deutsch-deutschen zwischenmenschlichen Kontakte zu erleichtern. Es zeigte sich aber bald, dass ihr Kernstück die Anerkennung des anderen deutschen Staates und der polnischen Westgrenze war. Dies wiederum machte es notwendig, dass man über die Regeln der Realpolitik hinausging – erforderlich war eine grundlegende Änderung der Haltung dem östlichen Nachbarn gegenüber. Seit fast 200 Jahren war er in der deutschen Wahrnehmung mit Missachtung gestraft und war eher als Objekt in der deutschen, russischen oder französischen Europapolitik behandelt worden, nicht aber als enger Partner.

Ich bitte um Nachsicht, dass ich heute dieses Abc der Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen wiederhole. Aber gerade in diesem Jahr gibt es dafür gute Gründe. Genau ein halbes Jahrhundert ist seit der Ostdenkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland vergangen, an der der kürzlich verstorbene Bundespräsident Richard von Weizsäcker mitgewirkt hatte; der Brief der polnischen Bischöfe mit dem wegweisenden Satz „Wir vergeben und bitten um Vergebung“ markierte den Beginn eines Umbruchs in den deutsch-polnischen Beziehungen, in der deutschen Denkweise gegenüber Polen und den Polen. Es waren aber

westdeutsche Sozialdemokraten, die den politischen Dialog zwischen der Bundesrepublik und dem Polen, wie es damals war, also der Volksrepublik, initiierten. Ihre Stiftung hat sich um diesen Dialog außerordentlich verdient gemacht. In den Archiven haben Sie sicherlich sorgfältige Aufzeichnungen über all die Symposien, Vorträge, öffentlichen Diskussionen und vertraulichen Begegnungen, zu denen polnische Referenten eingeladen wurden und die so die Ost-Öffnung vorbereiteten. In Polen sind zahlreiche Spuren davon in den Erinnerungen des Politologen Prof. Mieczysław Tomala zu finden, dem Willy Brandt in Warschau von seiner polnischen Großmutter erzählt hatte. Oder in den Tagebüchern von Mieczysław Rakowski, der als Chefredakteur des Magazins „Polityka“ in den 60er Jahren auch Emissär von Gomułka in deutschen Fragen war und von den Genossen in Ost-Berlin in Moskau als „verkappter Sozialdemokrat“ angeschwärzt wurde. Auch hieran hat Ihre Stiftung ihren Anteil, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Jede Politik, insbesondere die Außenpolitik, besteht nicht nur aus Paragraphen des „Rechtsstandpunkts“ oder der Arithmetik wirtschaftlicher und militärischer Potentiale, sondern auch in hohem Maße aus der heutzutage so oft beschworenen *soft power*, der Fähigkeit zur Zusammenarbeit trotz unterschiedlicher Standpunkte, der Nachgiebigkeit, der Kultur des Dialogs und des Vertrauens in die Beziehungen zur anderen Seite. All das musste man damals erarbeiten wollen und können, in einer geteilten Welt, in Zeiten ideologischer Konfrontation, eines geradezu krankhaften Misstrauens der anderen Seite gegenüber und ohne eine gemeinsame politische Kultur.

Das war nicht wie zu Zeiten Napoleons, als die eng miteinander verwobene Internationale aristokratischer Minister zwar die Regierungen wechselte wie manch andere ihr Hemd, sich aber in- und auswendig kannte. Der Kalte Krieg in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts war geprägt von einem nahezu religiösen Krieg der Ideologien in Europa und, vor allem in Osteuropa, einem dramatischen Austausch der Eliten. Der stalinistische Terror in den Ländern Mittel- und Osteuropas und 20 Jahre Eiserner Vorhang zertrennten die Kriegs- und Vorkriegskontakte der Christdemokraten und der Sozialdemokraten mit dem Westen, die Nachkriegsgeneration wuchs in nahezu völliger Isolation vom „kapitalistischen Ausland“ auf. Im Westen hingegen verdrängte der Eisernen Vorhang den traditionell missachteten östlichen Teil des Kontinents aus dem Blickfeld vieler Menschen. Dialog und Kooperation mussten beide Seiten von Grund auf lernen, wobei ein tief eingprägtes Misstrauen dem Partner gegenüber herrschte.

Weder die sozialdemokratische Ostpolitik der 60er Jahre noch die heutige Ostpolitik von Angela Merkel und Frank-Walter Steinmeier bedeuten eine Rückkehr zum „Deutschen Sonderweg“ aus dem 19. und der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Willy Brandt führte die von Kennedy und Chruschtschow eingeleitete Entspannungspolitik fort und Angela Merkel genießt – bei allen Unterschieden in den Schwerpunkten – die Unterstützung sowohl der EU-Mitgliedstaaten als auch Washingtons und Ottawas. Im Übrigen befürwortete Henry Kissinger bereits 1975 die Konferenz von Helsinki, die auf der einen Seite die Hegemonie des Kremls in Mittel- und Osteuropa bestätigte, auf der anderen Seite aber die Staaten des „realen Sozialismus“ zu einer gewissen Öffnung gen Westen verpflichtete, zu einer größeren Meinungs- und Reisefreiheit. Es war die Schlussakte von Helsinki, auf die sich jetzt die oppositionellen und Dissidentenbewegungen bis zum Ausbruch der Solidarność-Bewegung in Polen 1980 berufen konnten.

Während zur Zeit der Vizekanzlerschaft und der Kanzlerschaft von Willy Brandt das Gerüst der „Normalisierung“ zwischen der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik aufgebaut wurde, wurden während der Amtszeit von Bundeskanzler Helmut Schmidt die Fundamente für den nun bereits öffentlichen polnisch-deutschen Dialog und die Annäherung zwischen der Bevölkerung der beiden Länder „von unten“ gelegt. Teil dieser Annäherung waren die spontanen Sympathiebekundungen der Deutschen gegenüber der polnischen Fußballmannschaft im Jahre 1974 und die Schulbuchkonferenz, die in beiden Ländern heftigen Widerstand seitens der Unversöhnlichen hervorrief. Zu diesem Dialog beigetragen hat auch die Beliebtheit polnischer Schriftsteller, Musiker und Filmemacher in Deutschland und deutscher – wie z.B. Grass und Lenz – in Polen. Und schließlich, auch dies sei hier erwähnt, die Öffnung in den 70er Jahren – von der auch ich selbst profitierte – , die den Polen eine relativ weitgehende Reisefreiheit im Westen gewährte.

Millionen junger Menschen lernten damals die westliche Lebensart kennen, lernten Fremdsprachen, erfuhren, wie eine parlamentarische Demokratie und der freie Markt funktionierten. Die einen aus der Perspektive des sprichwörtlichen Tellerwäschers; die anderen wiederum lernten den Westen als Stipendiaten kennen – u.a. Ihrer

Stiftung. Unter anderem ist es Ihnen zu verdanken, dass Polen zum Zeitpunkt der großen europäischen Revolution 1989 auf eine gut vorbereitete junge Generation zurückgreifen konnte, die auf die Einleitung der Reformen des Systems gut vorbereitet war. Ich kann nicht genau sagen, wie viele Stipendiaten der Friedrich-Ebert-Stiftung im Frühjahr 1989 auf beiden Seiten der Warschauer Runden Tische und später bei der Transformation in Polen dabei waren, aber Klaus Reiff, über den damals die Unterstützung auch für die „Solidarność“ lief, könnte sie mit Sicherheit alle nennen.

Die 70er Jahre waren auch auf deutscher Seite bahnbrechend für die Änderung der Haltung gegenüber den Polen. Zwar waren die Machthaber der Volksrepublik Polen gegen die Gründung eines Jugendwerks nach deutsch-französischem Muster und gegen die Einrichtung eines Goethe Instituts in Polen, es wurden aber die ersten Städtepartnerschaften ins Leben gerufen. In Westdeutschland schossen damals die unterschiedlichsten deutsch-polnischen Vereine wie Pilze aus dem Boden. Sie organisierten – u.a. mit Unterstützung Ihrer Stiftung – für Schüler, Studenten, Lehrer, junge Politiker Studienreisen nach Polen. Nachdem im Jahre 1972 der Vatikan die Diözesangrenzen neu geregelt hatte, verschwand auch der letzte strittige Punkt zwischen den Episkopaten der beiden Länder. Auf Initiative deutscher und österreichischer Kardinäle wurde im Jahre 1978 ein Pole, Karol Wojtyła, zum Papst gewählt. Die in den 70er Jahren geknüpften Kontakte hielten dem 1981 in Polen als Reaktion auf den Ausbruch der Solidarność-Bewegung und die Gefahr einer sowjetischen Intervention verhängten Kriegszustand stand. Aus der von Ihrer Stiftung herausgegebenen Dokumentation von Albrecht Riechers – dem Vorsitzenden der Deutsch-Polnischen Gesellschaft Hannover, seinerzeit der größten in Deutschland – geht hervor, dass die „Paketaktion“, die Millionen von Menschen zugute kam, eine echte Mobilmachung der Solidarität mit den Polen war.

Sehr geehrte Damen und Herren,

wenn es in Polen nach der Maueröffnung nicht den geringsten Versuch gab, den Prozess der deutschen Wiedervereinigung aufzuhalten – obgleich Warschau Anregungen dieser Art aus verschiedenen Teilen Europas erhielt – dann nicht nur deshalb, weil das nationale Interesse und das Gespür für Realpolitik die Polen nach Westen drängten, sondern auch, weil in den vorangegangenen 25 Jahren die Grundlagen einer wirklichen Aussöhnung zwischen Polen und Deutschen gelegt worden waren. Vertreter der Kirchen, herausragende Persönlichkeiten aus Kultur und Politiker konnten Richtungen aufzeigen, und die öffentliche Meinung konnte Diskussionen darüber führen, inwieweit man der anderen Seite bereits vertrauen konnte.

Letzten Endes entschieden die beiden Gesellschaften aber selbst, ob sie füreinander gute Nachbarn sein wollten und konnten, Nachbarn, die sich in den anderen mit seinen traumatischen Erfahrungen hineinversetzen konnten. Die aktive und andauernde Unterstützung dieses Umbruchs in unseren gegenseitigen Beziehungen ist das Verdienst zahlreicher privater und politischer Institutionen: der Bundeszentrale für Politische Bildung und der Länderzentralen, evangelischer Akademien wie der in Loccum, katholischer wie der in München; sie ist das Verdienst privater Stiftungen – wie der Bertelsmann-, Bosch- und der Hertie-Stiftung. Unter den parteinahen Stiftungen – und das möchte ich ausdrücklich betonen – ist es die Friedrich-Ebert-Stiftung, die hier die wichtigste und aktivste Rolle gespielt hat.

Die polnisch-deutsche Aussöhnung war ein Schlussstein der Revolution von 1989 in Mittel- und Osteuropa. Eine solche polnisch-deutsche Interessengemeinschaft wie damals – um den damaligen polnischen Außenminister, Prof. Krzysztof Skubiszewski, zu zitieren – hatte es weder während des Völkerfrühlings 1848 noch 1917 gegeben. Seit einem Vierteljahrhundert – kann man hinzufügen – verbindet uns außerdem eine Wertegemeinschaft, die in der gemeinsamen Mitgliedschaft Deutschlands und Polens in den euroatlantischen Strukturen zum Ausdruck kommt. Auseinandersetzungen, die wir führten und führen – ob in Fragen der Geschichtspolitik, der Energie-, Klima-, Sicherheits- oder Ostpolitik – sind Streitigkeiten in der Familie. Sie resultieren aus den unterschiedlichen geographischen Perspektiven, verschiedenen Potentialen und Erfahrungen. Aber wir wissen: Wir Deutsche und Polen leben nicht mehr in unterschiedlichen Welten, um die Bundeskanzlerin zu zitieren.

Verehrte Damen und Herren,

ich führe diese Geschichte nicht deshalb an, um anlässlich des Jubiläums der Friedrich-Ebert-Stiftung als jemand aufzutreten, der sich von der Vergangenheit nicht lösen kann. Sondern deshalb, weil in unseren gegenwärtigen Disputen über die EU-Ostpolitik gegenüber Russland und der Ukraine sehr oft Erfahrungen der Entspannungspolitik aus den 60er und 70er Jahren in Erinnerung gerufen werden. Es ist von einem neuen Kalten Krieg die Rede, von einer Wiederholung des „NATO-Doppelbeschlusses“ – der Verbindung von Dialog und Abschreckung... In letzter Zeit hat man sich in Zusammenhang mit den Jahrestagen des Ausbruchs des Ersten und des Zweiten Weltkriegs so unterschiedlicher historischer Analogien bedient, dass ich diese hier gar nicht alle wiederholen möchte. Die Rede war von der „Sammlung russischer Erde“ durch die Zaren nach der Smuta an der Jahrhundertwende zwischen dem 16. und dem 17. Jahrhundert, dem „Hineinschlittern in den großen Krieg der weißen Männer“, wie es Arnold Zweig nach Sarajewo 1914 nannte, von München und dem Verrat des Westens an der Tschechoslowakei 1938, der Aufteilung Mitteleuropas 1945... Man muss aber sagen, dass all diese Analogien weit entfernt sind vom tatsächlichen Sinn, der Bedeutung in der Gegenwart.

Russland ist nicht dabei, „alte russische Erde zu sammeln“, sondern vollzieht eine völkerrechtswidrige und nicht mit den eigenen, im sog. Budapester Memorandum von 1994 verankerten Verpflichtungen übereinstimmende Annexion eines Teils eines souveränen Nachbarstaates, die Annexion eines Teils des Hoheitsgebiets der Ukraine. Anders als im Falle von München – das muss man ganz deutlich sagen – gibt es auch keine internationale Zustimmung für eine Teilung der Ukraine und es gibt auch – anders als im Falle von Jalta – keine Festlegung neuer Einflussphären. Dazu gibt es keine Zustimmung und es ist gut, dass die EU und die USA hier mit einer Stimme sprechen. Als unverantwortlich und unmoralisch ist es zu bewerten, wenn die Medien – u.a. deutsche – den Ukrainern einreden, sie sollten auf Lugansk und den Donbass verzichten und im Rest des Landes schnell Reformen durchführen.

Wir haben kein Recht dazu und es wäre schamlos von uns, heute, im 21. Jahrhundert, ähnlich wie es im 18. Jahrhundert der Fall war, über fremdes Hoheitsgebiet zu verfügen. Die Ukraine ist ein souveräner Staat. Die Ukraine hat keinen Krieg begonnen. Die Ukraine wird heute von ihrem mächtigen Nachbarn auf so tragische Weise für ihre Orangene Revolution 2004 und den Euromajdan 2014 bestraft. Sie wird für ihre berechtigten, gerechtfertigten europäischen Aspirationen bestraft. Dazu darf es kein Einverständnis, niemandes Einverständnis in einer demokratischen Welt geben.

Nichtsdestotrotz stehen alle – auch die Friedrich-Ebert-Stiftung – vor der Frage: Wie geht es weiter? Was tun? Historische Vorbilder helfen hier nicht wirklich weiter. Auch wenn das heutige Russland eine Abkehr vom Westen deklariert, so gibt es dennoch keine Wiederholung der Geschichte, keinen Kalten Krieg, keinen Eisernen Vorhang. Die Grenzen auf der Welt sind offen. Wir leben im Zeitalter der Globalisierung und verfügen über direkte Kommunikationsmittel, das Internet usw. Russische Bürger bereisen die Welt. Auch wenn die autoritären Machthaber Bürgerrechte und die Medienfreiheit einschränken und westlichen Stiftungen eine geheimdienstliche Tätigkeit vorwerfen, so ist Russland kein so isoliertes Land mehr wie es der Sowjetblock in den 50er und 60er Jahren war. Deshalb ist ein permanenter Dialog mit Russland notwendig und, hoffen wir, auch möglich. Wir hatten Minsk II und vielleicht wird man über weitere Treffen nachdenken und jede sich bietende, noch so geringe Chance nutzen müssen, um den Frieden zu bewahren und schlimmere oder tragischere Szenarien zu verhindern. Wir haben keinerlei Garantie auf Erfolg in diesem Dialog. Aber unsere Tradition, unsere Geschichte, unsere demokratische Gemeinschaft gebietet uns, nicht aufzugeben und diesen Dialog zu führen.

Die Ukraine kann diesen Krieg in militärischer Hinsicht nicht gewinnen, wir sollten ihr also dabei helfen, den Frieden zu wahren, die notwendigen wirtschaftlichen und strukturellen Reformen durchzuführen und die territoriale Integrität dieses Staates zu verteidigen. Ich möchte aber auch ganz klar sagen – wenn wir der souveränen Ukraine helfen wollen, wenn wir das Recht dieses Landes, die eigenen Interessen zu verteidigen, anerkennen, dann müssen wir auch anerkennen, dass die Ukraine das Recht hat, ihre Armee zu modernisieren. Es geht nicht um Waffenlieferungen für den Kampf gegen die russischen Separatisten. Es geht darum, dass dieser Staat über eigene Institutionen verfügt, dass die Ukraine eine funktionsfähige Polizei, einen Grenzschutz und Streitkräfte aufbauen kann. Schließlich sind das unverzichtbare Elemente eines souveränen und

unabhängigen Staates. Wenn wir den Ukrainern in dieser Sache nicht helfen, sollten wir bedenken, dass sie dann niemanden mehr haben, an den sie sich wenden könnten.

Die Ukraine benötigt langfristige Hilfe – auch vonseiten solcher Institutionen wie der Friedrich-Ebert-Stiftung. Das Schicksal der Ukraine entscheidet sich heute und es wird nicht nur über die Zukunft dieses Landes, sondern auch über die ganz Europas und vielleicht der Welt entscheiden. Vergessen wir also nicht, dass die Ukrainer mit europäischen Fahnen auf den Majdan gingen, enttäuscht über die Weigerung, das Assoziierungsabkommen zwischen der Ukraine und der EU zu unterzeichnen. Der ukrainische Euromajdan ist eine zeitverschobene Revolution von 1989, an die wir uns alle erinnern, hier in Berlin, in Warschau, Prag und Budapest. Die damalige, unsrige Revolution lief im Grunde, abgesehen vom rumänischen Drama, ohne Guillotine und Bonapartismus ab. Sie lief so ab, dass wir der Demokratie, wirtschaftlichen Reformen und Zivilgesellschaften in ganz Mittel- und Osteuropa den Weg frei machen konnten. Die Ukraine wünscht sich dasselbe – lassen Sie uns alles dafür tun, damit dieser Traum nicht nur ein Traum bleibt, damit sich diese Hoffnung erfüllen kann, auch wenn wir wissen, wie schwierig es ist und wie viele Opfer dies noch fordern wird. Für den russischen Präsidenten Wladimir Putin ist das, was 1989/90 geschah, die „größte geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts.“ Für mich, jemanden aus Polen, und für Millionen Menschen, insbesondere Vertreter meiner Generation, die in Mittel- und Osteuropa geboren wurden und dort aufgewachsen sind, die diese Zeiten erlebt haben, grenzen die Ereignisse von 1989 an ein Wunder. Es ist die Erfüllung unserer Träume, sogar der Träume, deren Erfüllung unsere Eltern nicht mehr erleben konnten, die Opfer von Kriegen, der kommunistischen Diktatur und jener Ungerechtigkeiten waren, die in unserem Raum passierten. Die Ukrainer – sicherlich nicht alle, aber ein Großteil, vor allem die junge Generation, die sich als Ukrainer verstehen, weil sich die meisten an die unabhängige Ukraine, die für alle so unerwartet 1991 entstand – bitten uns im Grunde genommen um dasselbe: Erlaubt es uns, unsere Träume zu verwirklichen, unsere Hoffnungen zu erfüllen, mit Euch im demokratischen Haus des gemeinsamen Europas zusammenzuarbeiten und zusammen zu sein.

Meine Damen und Herren,

abschließend möchte ich mich noch einmal auf den Namensgeber Ihrer Stiftung berufen, Friedrich Ebert, der vor genau 95 Jahren Präsident des im Krieg besiegten und innerlich zerrütteten Deutschlands wurde. Er war – wie Golo Mann schrieb – einer der fähigsten sozialdemokratischen Politiker, ein Mann der goldenen Mitte, der praktischen Arbeit, fremd jeder theoretischen Haarspalterei. An Sozialismus glaubte er wohl, fester glaubte er aber an Demokratie. Er führte die SPD im August 1914 als „Staatsmann“. Und als er im September 1918 in die Regierung eintrat, wusste er, wozu er von Ludendorff gezwungen werden würde. Er wollte in Deutschland keine russische Aufruhr. Im Januar 1919 schlug er den Spartakusaufstand im Bündnis mit rechten Offizieren nieder, sorgte aber für die Einführung des Achtsturentags, für ein Arbeitslosengeld-System und im Rahmen des Möglichen für Arbeitsplätze für demobilisierte Soldaten... Als Präsident nahm er auch das Odium auf sich, das mit der Unterzeichnung des Versailler Vertrags durch Deutschland verbunden war. Seine Partei war 15 Jahre lang eine Säule der Republik, die – brutal von links und rechts angegriffen – schließlich durch die totalitären Sehnsüchte der Mehrheit der Bevölkerung, die durch die Niederlage von 1918 frustriert war, zerstört wurde. Das Resultat war die Schmach des Vernichtungskriegs.

Dies ist Teil I der Geschichte des deutschen Schicksals im 20. Jahrhundert – eine Mahnung für all jene Völker in Europa, die nicht in der Lage sind, ihre imperialen oder Großmacht-Träume zu vertreiben, der Versuchung der Revanche nachgeben und so in eine weitere Katastrophe stürzen.

Es gibt aber auch einen zweiten Teil dieser Geschichte – eine heute wichtige Botschaft für Osteuropa oder den Balkan. Es ist die Nachkriegsgeschichte des Aufbaus einer Partnerschaft zwischen einstigen „Erbfeinden“ sowie des erfolgreichen Systemwandels in Gesellschaften nach historischen Umwälzungen. Davon sprach auch Bundespräsident Gauck und ich stimme vollends mit ihm überein. In diesem Bereich hat die Friedrich-Ebert-Stiftung, meine Damen und Herren, liebe Freunde, im vergangenen halben Jahrhundert ein enormes Kapital an Erfahrungen angesammelt. Dies ist jetzt nicht der Moment, um alle Projekte, Programme und das Engagement der Friedrich-Ebert-Stiftung, sei es in Polen allein oder in ganz Mittel- und Osteuropa, in Erinnerung zu rufen. Das Jubiläum bietet aber eine Gelegenheit, um mich im Namen aller sowie persönlich recht herzlich für alles, was Sie getan haben, zu bedanken. Für all das, wovon wir profitieren konnten. Für das, was wir gemeinsam

erreicht haben. Dafür, dass viele unserer Träume in Erfüllung gehen konnten. Ich danke Euch also, ich danke der Friedrich-Ebert-Stiftung und möchte sagen, dass die Aufgabe nicht erfüllt ist, dass viel Arbeit vor uns liegt – möge diese uns Erfolg und den Menschen Frieden, Demokratie und Hoffnung bringen.

Vielen Dank!